

»I hope, my writing makes a change for some persons.«

Die israelische Journalistin *Amira Hass* berichtet aus Gaza

Stephan Stockmar

Gibt es für den Nahen Osten Chancen zum Frieden? Amira Hass ist skeptisch – nicht erst angesichts der gegenwärtigen erneuten Eskalationen. Sie war es schon während des Friedensprozesses Mitte der 90er Jahre, als sie ihr jetzt auf Deutsch erschienen Buch »Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land« schrieb.¹ Die in Israel geborene Tochter osteuropäischer Holocaust-Überlebender lebt als wohl einzige jüdische Journalistin tatsächlich auch in dem Land, aus dem sie berichtet, im Gazastreifen – und das seit bald zehn Jahren. Ihre Berichte sind sachlich-nüchtern und menschlich zugleich. Während die israelischen Medien im Allgemeinen meist mit Berichten über Anschläge, Tote und markige Worte Emotionen wecken oder Klischees bedienen, ist es ihr Anliegen, Eindrücke von dem tatsächlichen täglichen Leben der Palästinenser zu verschaffen. Dies kann sie nur überzeugend tun, wenn sie dieses Leben selbst mitlebt und mit den Menschen dort in ein konkretes, oftmals auch sehr freundschaftliches Verhältnis tritt. Sie pflegt den Kontakt zu den verschiedensten Schichten und Gruppierungen, verkehrt regelmäßig mit Fatah-Vertretern wie Mitgliedern islamistischer Organisationen. Auch wenn es für sie schwer zu ertragen ist, dass die Palästinenser »Juden« meist mit Angehörigen der israelischen Armee gleichsetzen, auch wenn sie sich Vorwürfe und Anfeindungen anhören muss, so wird sie doch im Allgemeinen akzeptiert und fühlt sich nicht persönlich bedroht.

Mit ihrer sehr präzisen Berichterstattung vor allem für die renommierte Zeitung »Ha'aretz«, in die sie stets auch die historischen Hintergründe mit einbezieht, pflegt sie ein Moment der Wahrhaftigkeit, und darin sieht sie offensichtlich die einzige Chance in einer nahezu aussichtslosen Situation. Im Folgenden beziehe ich mich vor allen Din-

gen auf Amira Hass' Ausführungen und Diskussionsbeiträge, die sie anlässlich einer sehr gut besuchten Präsentation ihres Buches am 9. September 2003 in Frankfurt-Niederursel und am selben Tag vor Schülern der Oberstufe der Freien Waldorfschule Frankfurt gegeben hat.

Schwierige Vergleiche

Von der »Policy of Closure«, der Politik der Kontrolle, Einschränkung und Abriegelung, wie sie seit 1991, also längst vor Beginn der Selbstmordattentate, durch die israelische Regierung betrieben wird, sind in Gaza und auf den Westbanks rund 3,5 Millionen Palästinenser betroffen. Während dieses Zeitraums ist die Zahl der israelischen Siedler in diesen Gebieten (ohne Ostjerusalem) von 90.000 auf rund 200.000 gestiegen. Angesichts dieser schikanösen Politik, die den Lebenshorizont der Palästinenser immer mehr einschränkt und ihnen alle Zukunftsperspektiven nimmt, fällt es Amira Hass schwer, neutral zu bleiben, auch wenn sie voll hinter der Existenz des israelischen Staates in Palästina steht. Diese Existenz ist für sie schlicht eine geschichtliche Tatsache: Durch die Judenvernichtung der Nazis wurde die ursprüngliche zionistische Minderheit zwangsläufig zur Mehrheit, da es in Europa nicht mehr möglich war, in der Diaspora zu leben. Dies müssen auch die Palästinenser akzeptieren. Bemüht, ihre kulturelle Eigenart zu retten, haben die Zionisten dabei jedoch mehr oder weniger unbewusst die Haltung des Kolonialismus übernommen. Sicherlich hängt es auch mit diesem geschichtlichen Hintergrund zusammen, dass der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern gerade in Deutschland auf ein so großes Interesse stößt, ganz anders als zum Beispiel in Frankreich, wo ihr Buch ebenfalls



erschienen ist. Auf der einen Seite liegt in Deutschland eine hohe Sensibilisierung vor, die das Schicksal der Betroffenen mitfühlen lässt: Finden die (jüdischen) Israelis Sicherheit? Was ist mit der Entrechtung der Palästinenser? Auf der anderen Seite wird das Geschehen benutzt, um sich selbst von Schuld rein zu waschen, nach dem Motto: Wenn die Juden heute so schlimm sind, dann können wir damals ja auch nicht viel schlimmer gewesen sein. Von daher ist es für Amira Hass auch schwierig, in Deutschland über ihr Thema, die Analyse der Methoden der Unterdrückung in Palästina und die Auswirkungen dieser Methoden auf das Leben der Palästinenser, zu sprechen. Sie will auf keinen Fall mit solchen Israel-Kritikern kollaborieren. Prompt wurde während der Diskussion in der Niederurseler Gustav-Adolf-Kirche (eine Veranstaltung mit der anthroposophischen Amselhofbuchhandlung zusammen) auch gefragt: Zeigt dies alles nicht, dass die Juden von den Nazis gelernt haben, wie man ein Volk vernichtet? Eine Frage, wie sie kürzlich Ted Honderich in seinem umstrittenen Buch gestellt hat (vgl. den Beitrag von Michael Opielka, Seite 9). Hier insitierte Ami-

ra Hass vehement darauf, dass zwischen der systematischen Vernichtung der Juden durch die Nazis und der von ihr geschilderten Unterdrückung der Palästinenser ein erheblicher Unterschied bestehe. Die Unterdrückung sei zwar schlimm genug, doch habe sie mit dem Ausrottungswillen der Nazis nichts gemein. Wenn man schon einen historischen Vergleich ziehen wolle, so käme höchstens die Kolonialpolitik beispielsweise der Franzosen in Betracht. Den Palästinensern gehe es immer noch besser als vielen Menschen unter gegenwärtigen diktatorischen Regimen. Doch letztlich lenke das Bedürfnis nach solchen Vergleichen nur von dem Eigentlichen ab.

Apartheid-Lösung?

Damit entschuldigt Amira Hass gar nichts; ganz im Gegenteil: Kaum jemand benennt die Unterdrückungsmaßnahmen der israelischen Regierungen deutlicher als sie. In ihrem Buch schildert sie eingehend und ungeschminkt ihre Auswirkungen auf das tägliche Leben der Palästinenser, seien es die Schulbesuche der Kinder, die Möglichkeit zu arbeiten, Verwandte oder Freunde im Nachbardorf zu besuchen oder überhaupt das alltägliche Leben zu organisieren. Ganz zu schweigen von den vielen Todesfällen unter den Zivilisten schon vor Beginn der Selbstmordanschläge. Aufgrund der Schutzmaßnahmen für die oft illegalen israelischen Siedlungen im Besetzungsgebiet, der ständigen Kontrollen und Reglementierungen (dazu kommen heute noch vermehrt die so genannten Vergeltungsmaßnahmen) gibt es kaum noch Lebensverrichtungen, die von den Palästinensern »normal« vollzogen werden können, und zwar nicht nur an den Grenzen der Selbstverwaltungsgebiete, sondern auch mitten darinnen. Vieles kann nur als Schikane erlebt werden; mit verständlichen Sicherheitsmaßnahmen hat es nichts mehr zu tun. Durch Zäune und Mauern wird gegenwärtig die demografische Trennung weiter vorangetrieben. Die Blockaden betreffen aber eben immer nur eine Seite. Die Israelis haben zu allem Zugang und können sich frei bewegen. Mit den Siedlungen und der damit verbunde-

nen Infrastruktur einschließlich der Sicherheitsmaßnahmen hat sich der israelische Staat faktisch in die besetzten Gebiete hinein vergrößert; die Palästinenser leben dazwischen in immer kleiner werdenden aufgesplitterten Enklaven, zwischen denen sie sich nur unter größten Schwierigkeiten bewegen können. Die Bedürfnisse der Siedler werden immer und überall in den Vordergrund gestellt.

Eine Zwei-Staaten-Lösung, wie sie auch einige arabische Regierungen vorschlagen, scheint zunehmend unwahrscheinlich zu werden. Die Umwandlung in einen nicht ethnisch definierten Staat, in dem jeder Bürger eine vollgültige Stimme hätte (die oft betonte Demokratie in Israel gilt bereits für die arabischen Israelis nur mit Einschränkungen), würde den Siedlungsabbau und damit die Rückholung von rund 200.000 Menschen aus den besetzten Gebieten, die dort zum Teil schon seit über 30 Jahren leben, voraussetzen. Auch dafür halten es heute manche Israelis und Palästinenser für zu spät. Und auch sonst gäbe es für eine solche Lösung keinen Boden. Aus Sicht der israelischen Regierung ist und bleibt es ein von den Israelis dominierter Staat, vom Mittelmeer bis zum Jordan.

Selbst während des Oslo-Prozesses war es die Politik Israels, viel militärischen, politischen und ökonomischen Druck auf die Palästinenser auszuüben, in der Erwartung, dass diese schließlich ihre Niederlage eingestehen müssen. Dies lief auf drei bis vier eingeschlossenen Gebieten mit beschränkter Entfaltungsmöglichkeit für die Bevölkerung – so genannte »Bantustans« – hinaus, natürlich unter israelischer Führung. Die Palästinenser sollen dann möglichst vertraglich bestätigen: Das sei das Ende des Konflikts. Es könnte sein, dass die Palästinenser allein deshalb, weil sie des ewigen Konflikts müde sind, darauf eingehen. Doch wür-



Foto: Andre Brummann

Amira Hass mit Palästinensern in Gaza

de eine solche »Lösung« nach den Regeln der Apartheid nicht lange halten; es käme bald wieder zu neuen Explosionen. An der Bedrohung für die Israelis würde sich also nichts ändern; doch, so Amira Hass: Der israelische Staat ist von seinen Nachbarn, von der arabischen Welt und auch von den Palästinensern nicht (mehr) wirklich in Frage gestellt.

Israel aber scheint nicht bereit zu sein, symmetrische Verhältnisse herzustellen und damit anzuerkennen, dass der israelische Staat in einem von Palästinensern bewohnten Land begründet wurde. Selbst wenn man von der – sicherlich nicht richtigen – These ausginge, dass alle arabischen Staaten der Region im Prinzip Israel eliminieren wollten, liefe Israels Verhalten auf die Errichtung einer Kreuzritterburg hinaus, in der ein normales Leben auf Dauer auch für die Israelis nicht möglich wäre. Doch die Oslo-Verhandlungen haben tatsächlich Wege geöffnet, offene Verbindungen zu einigen arabischen Staaten einzugehen. Und auch viele Palästinenser akzeptieren inzwischen grundsätzlich ein Existenzrecht für Israel, das sich durch den Zuzug vieler orientalischer Juden ohnehin immer mehr zu einer gemischt-orientalischen Kultur entwickelt. Dazu kommt, dass viele arabische Staaten kein wirkliches Interesse haben, den Palästinensern zu helfen. So wäre tatsächlich ein Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern der einzige Weg zu normalen Lebensverhältnissen für beide Seiten.

Rache und innerpalästinensische Auseinandersetzungen

Wie sind unter diesen nahezu aussichtslosen Verhältnissen die Selbstmordattentate zu sehen, die erst eingesetzt haben, nachdem bereits viele hundert palästinensische Zivilisten durch israelische Soldaten umgekommen waren? Wie steht die Mehrheit der Palästinenser zu diesen Attentaten? – Die meisten Palästinenser sehen sie als eine gerechtfertigte Reaktion auf die israelische Aggression, also als Akte der Rache. Auch wenn sie zunehmend bemerken, dass sie keine Verbesserung ihrer Situation bewirken, gelten sie als Symbole für die allgemein herrschende Hoffnungslosigkeit und es herrscht ein tiefes Verständnis für die persönliche Motivation der Attentäter. Aus persönlichen Gesprächen mit Kämpfern weiß Amira Hass: Es geht ihnen auch darum, bei den Israelis die gleiche Angst zu schüren wie sie die Palästinenser täglich empfinden. Der Unterschied besteht nur darin: Die Weltöffentlichkeit interessiert sich nicht für tote Palästinenser; von ihnen wendet sie sich scheinheilig ab, während es bei jedem Selbstmordattentat, bei dem Israelis sterben, zu einem Aufschrei kommt. Tatsache ist jedoch, dass seit Beginn der Intifada, des palästinensischen Volksaufstandes, im Dezember 1987 weit mehr Palästinenser als Israelis umgekommen sind.

Man muss allerdings unterscheiden zwischen den einzelnen Attentätern und den verschiedenen Organisationen, die dahinter stehen. Es waren islamistische Gruppierungen, die im vierten oder fünften Monat der Intifada dieses Mittel propagiert und eingesetzt haben – nachdem eine enorme Frustration sich breit gemacht hatte: Auf Steinwürfe von palästinensischen Demonstranten reagierte das israelische Militär mit Schüssen, wodurch Hunderte von Zivilisten starben. Hinzu kamen die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen. Die islamistischen Hamas hatten Angst, dass Arafat nun die Initiative ergreift, um seine Position in den Verhandlungen mit Israel zu verbessern. Und der relativ kleinen Gruppe Islamischer Jihad ging es darum, ein Chaos zu erzeugen, in das die ganze Region

hinein gerissen wird. Beide Gruppierungen sind sehr zentralistisch geführte Organisationen. Die von ihnen verantworteten Attentate sind keine Einzelinitiativen. Im Wettbewerb mit den Hamas griff auch die säkulare sozialistische Fatah-Bewegung auf Selbstmordattentate als Guerilla-Aktionen zurück. Doch hier sind es vermutlich eher Entscheidungen einzelner undisziplinierter Brigaden.

Die Jugendlichen, die angefangen hatten, Steine auf israelische Jeeps und Armeeangehörige zu werfen, waren einerseits die Stütze der PLO und zugleich tief enttäuscht über das, was erreicht worden war. Während der Jahre der palästinensischen Selbstverwaltung bildet sich innerhalb der Palästinenser eine tiefe Kluft zwischen einer profitierenden Minderheit und einer leer ausgehenden Mehrheit. Man leidet unter der israelischen Besatzung und sieht zugleich, wie die eigene Führung in die eigene Tasche wirtschaftet. So richteten sich die Wutausbrüche im September/Oktober 2000 auch gegen die eigene Regierung. Es gibt kein klares gemeinsames politisches Ziel der Palästinenser, und diese Tatsache verstärkt das Gefühl der Hilflosigkeit ebenso wie das Rachebedürfnis.

An solchen Darstellungen zeigt sich Amira Hass' Blick ebenso für die Problematik der Palästinenser, für die sie nicht Partei ergreift. Die Zerrissenheit unter den Palästinensern wird gegenwärtig im Zusammenhang mit der Etablierung des Amtes eines palästinensischen Ministerpräsidenten als maßgebliche Institution der Exekutive innerhalb der Selbstverwaltung überdeutlich. Man hat den Eindruck, dass die Palästinenser immer wieder am Rand eines Bürgerkrieges stehen, der sowohl durch eine Entmachtung Arafats – sei es von innen oder, wahrscheinlicher, von außen – als auch durch eine wie auch immer aussehenden Verhandlungslösung zwischen Palästinenser-Vertretern und Israel ausgelöst werden kann. In dieser nahezu aussichtslosen Situation hat Amira Hass wahrscheinlich Recht, wenn sie sagt, dass ein Reden über mögliche Lösungen oftmals Flucht vor den Realitäten bedeutet. Einzig die präzise Erfassung der jeweiligen Lebenssituation kann hier

weiterhelfen und Grundlage für eine zukünftige Verständigung bilden. Sie bedarf des Wahrheitssinns und der Offenheit für die Lage der Anderen und lenkt den Blick auf die konkreten Menschen mit ihren Belangen und

Bedürfnissen. Amira Hass: »I hope, my writing makes a change for some persons.«

1 Amira Hass: *Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land*. C. H. Beck Verlag, München 2003. 410 Seiten, 24,90 EUR.

Terror am Schreibtisch

Zur Diskussion um das Buch »Nach dem Terror« von Ted Honderich

Michael Opielka

Am 5. August forderte Micha Brumlik den Suhrkamp Verlag auf, das im Sommer 2003 in der Reihe zum 40jährigen Verlagsjubiläum erschienene Buch »Nach dem Terror. Ein Traktat« des kanadisch-britischen Philosophen Ted Honderich vom Markt zu nehmen.¹ Es verbreite »antisemitischen Antizionismus«, da es die Ermordung jüdischer Zivilisten durch palästinensische Selbstmordattentäter rechtfertige. Zwar meinte tags darauf Jürgen Habermas, einer der fünf Stiftungsräte des Suhrkamp-Hauses und verantwortlich für die Buchveröffentlichung, das harsche Urteil von Brumlik sei »ohne Augenmaß« und das Buch nicht mehr als ein »hemdsärmeliges Pamphlet« eines »alten Sozialdemokraten«. Doch er würde auf »die Gefühle ... unserer jüdischen Bevölkerung« gern mehr Rücksicht nehmen, die eben nach der »polarisierten« Stimmung wegen des Irak-Krieges den Amerikanern mehr vertrauen als den Deutschen.² Habermas' Interpretation der sachlichen Vorwürfe gegen das »Traktat« bleibt freilich nicht nur »gefühlbezogen«: Honderich vertrete eine Moralphilosophie, die Habermas »nicht teile« – nämlich eine strikt konsequentialistische – und komme zu einer »Konklusion«, die er »für falsch« hält: »Honderich unterscheidet seine politische Bewertung des palästinensischen Terrors nicht von dessen moralischer Bewertung.« Das ist ein mysteriöser Satz, auf den noch zu kommen ist. Bekanntlich zog der Suhrkamp-Verlag das Buch zwei Tage später nicht vom Markt, sondern begnügte sich mit dem Ver-

zicht auf eine Neuauflage. Die erste war nämlich schon vergriffen.

In allen relevanten Feuilletons wurde der Vorgang diskutiert. Aus guten Gründen. Denn hinter ihm gähnt ein Abgrund mörderischen Denkens. Vorderhand könnte man Honderichs Überlegungen damit abtun, hier sei ein politisch-moralischer Philosoph, der die Ungerechtigkeit der Welt beklagt, das Nicht-Handeln (»omissions«) der reichen Nationen angesichts von Welthunger und Kindersterben genauso gewichtet wie ihr – viel zu dürftiges – eingreifendes Handeln (»commissions«), vielleicht aufgrund altersbedingter Verwirrung radikalisiert. Immerhin wurde er um den 11.9. (2001) emeritiert, also bisheriger Wirkungsmöglichkeiten beraubt. Das war für den Herausgeber des »Oxford Companion to Philosophy« sicher bitter.³ Für die Verwirrungsthese spricht seine absurde Forderung in einem offenen Brief an die Universität Frankfurt (vom 6.8.), Micha Brumlik »umgehend von den akademischen Positionen, die er bekleidet, zu entbinden«. Ferner spricht dafür die für einen Geisteswissenschaftler bislang unbekannte These: »Darüber hinaus halte ich es für widerwärtig, mich mit Personen in Beziehung zu setzen, deren politische Ansichten ich nicht teile.« Zudem gründet sich sein Urteil in Sachen Palästina, wie er selbst mitteilt, im Grunde nur auf »Bevölkerungsstatistiken« (wonach Juden die Palästinenser verdrängen), er war nie in Israel.⁴ Entscheidend für die Relevanz des Vorgangs ist das aber nicht wirk-

lich. Entscheidend ist die Wirkung einer verkommenen Denkart: sein Buch wurde auf Lesetouren in England, Kanada und den USA rege und wohl oft zustimmend diskutiert, es erschien in renommierten Verlagen (Cambridge University Press, Suhrkamp) und – das vor allem – eine philosophische Begründung des Terrors geschah bislang nur verhalten.

Das scheint sich im Abstand zum 11.9. zu ändern und das ist das Problem. Am 9. 8. des Jahres erschien, gleichfalls in der »Frankfurter Rundschau«, ein auf einen Vortrag im Pariser »Institut du monde arabe« zurückgehender Essay von Jean Baudrillard »Das Globale und die Gewalt«. Der französische Philosoph diskutiert die Frage, was »das globale System«, das die universellen Werte (er meint wohl die Werte der westlichen Aufklärung) verzehrt, »wirksam attackieren« könne: »Das System herausfordern können keine positiven Alternativen, sondern nur Singularitäten. ... Sie gehorchen keinem Werturteil mehr ... es sind darunter auch gewaltsame – der Terrorismus ist eine davon. Es ist diejenige Singularität, die alle singulären Kulturen rächt, die mit ihrem Verschwinden für die Einrichtung dieser einzigen globalen Macht bezahlt haben.« Man sollte diese im gallistischen Kultursprech verfasste Terrorismusapologie nicht unterschätzen. Baudrillard und Honderich sind sich einig. Terrorismus ist für sie eine gerechte Waffe im Globalisierungskampf.

Post-Nietzscheanischer Titanen-Jargon

Hier verbinden sich der Post-Nietzscheanismus einer Heroisierung der Tat mit dem Mainstream-Konsequentialismus der modernen Philosophie. Die Zeit des Religiösen, der Letztwerte ist angeblich vorbei. Mit vielen Worten und häufig krauser Logik wird der Subjektivismus gelobt. Gewiss könnte daraus Ethik entstehen. So trat der hoch-spirituelle Rudolf Steiner, an Nietzsche anknüpfend, für einen »ethischen Individualismus« ein. Doch Honderich lässt uns leider im Dunkeln, warum er für die Schwachen und Unterdrückten eintritt und warum andere – in den reichen Nationen – es ihm gleich tun sollen. Anstelle

von Werten und Ethik spricht er von »Gütern«, von »großen Gütern«, die alle wünschen: die Existenz, Lebensqualität, Freiheit und Kontrolle, gute Beziehungen, Respekt und Kultur. Wem das mangelt, der führt ein »schlechtes Leben«. Dann beschwört er ein »Prinzip der Humanität«: »Es ist das Prinzip, dass wir vernünftige Schritte unternehmen sollten, diejenigen (mit einem schlechten Leben) über die Linie zum guten Leben führen sollten.«⁵ Aber warum sollte man diesem Prinzip folgen? Aus Tradition? Aus Gewissensgründen? Weil das vage bleibt – ja, aufgrund einer falschen Theorieanlage vage bleiben muss –, kann dieses hehre »Prinzip der Humanität« je nach subjektiver Wertpräferenz ausgesetzt werden. Zum Beispiel in Sachen Terrorismus.

Der philosophisch aufgeblasene Subjektivismus führt zu nicht nur »hemdsärmeligem«, sondern weder wissenschaftlich noch ethisch haltbarem Unsinn: »Die Palästinenser haben recht, wenn sie auf das faschistische Deutschland zurückblicken und sagen, sie seien die Juden der Juden.« Einem Autor, der sich rühmt, wegen des Holocaust und seiner (früheren) jüdischen Frau keinen Vortrag in Deutschland gehalten zu haben, sollte bekannt sein, dass der deutsche Faschismus Juden dem industriellen Massenmord zugeführt hat. Ein solches Vergehen dem »Staats-Terrorismus« der heutigen Juden in Israel zu unterstellen, ist monströs. Doch solch monströse Unverhältnismäßigkeit macht das Argument erst plausibel, dass das palästinensische Volk – er wiederholt dies mehrfach – »überhaupt keine anderen Mittel besitzt«, um Freiheit und »andere große Güter« zu erlangen, als den Terrorismus. Was die Hamas und Konsorten in der arabischen und linke wie neonazistische Spinner in der westlichen Welt denken, denkt hier ein mit Professorentitel und akademischem Renommee geadelter Denker. Si tacuisses, philosophus mansisses.

Ob man in Honderichs Argumentation »Antisemitismus« entdecken kann, erscheint mir fraglich, auch wenn er sich in einem anderen Traktat heftig über die »zionistische Lobby«, deren »Druck« und »Drohungen« auslässt:

während er den Palästinensern zu Selbstmordattentaten rät, was ziemlich gewalttätig ist, beschwert er sich fürchterlich darüber, dass die jüdischen Organisationen in England, den USA und Kanada seine Robespierriaden in Sachen Terror gegen Juden in Israel nicht kampfflos hinnehmen. Sie setzten die Organisation »Oxfam« unter Druck, die von Honderich – als Ablass? – gespendeten 1 % des englischsprachigen Buchumsatzes – ein echter »Judenpfennig« (altdeutsch: geringwertiger Pfennig, Falschmünze) – nicht anzunehmen, immerhin 5.000 englische Pfund. Das wird vom ihm auf 34 Seiten im Internet ausgetreten.⁶ Honderich argumentiert in keiner Weise rassistisch, was den Kern des Antisemitismus ausmacht. Es sind aber nicht nur die »Gefühle« der »Juden«, die von Honderichs Unangemessenheit berührt werden. Es ist das Denken selbst, es sind die von ihm beschworenen »großen Güter«, die er mit intellektueller Beliebigkeit in den Dreck zieht. Politische und moralische Bewertung kann man, wie Habermas dies suggeriert, nicht so einfach trennen – jedenfalls nicht ohne übergeordneten, also ethisch-wertbezogenen Standpunkt. Es ist ja durchaus richtig, wenn Honderich in seinem Buch am Ende »von den Amerikanern« fordert, sie sollten wegen ihrer Macht »moralische Intelligenz« beweisen. Wer sich aber »von einem Haufen Moral, der zu viele Unterscheidungen enthält ... zu verabschieden« gedenkt, der läuft Gefahr, in einen Abgrund von Unmoral abzustürzen, vor dem einen nur Unterscheidungen schützen. Diese zu finden, Ethik als wissenschaftliche Reflexion von Moral zu betreiben, das wäre die Aufgabe des Philosophen. In diesem Fall gewesen.

Verklärung des antikolonialistischen Befreiungskampfes

Betrifft das alles auch die Nicht-Philosophen? Merkwürdigerweise wurde eine Woche nach der Honderich-Debatte der Vorgang geschlossen. Die Feuilletons hatten ihre Pflicht getan, den sonstigen Dauerkulturzeitschriften erscheint das Ganze vermutlich als Marginalie, auch den Großen (hier: Habermas)

kann ein Fehler passieren. Zudem gibt es das inkriminierte Traktat nicht mehr im Buchhandel, jedenfalls nicht mehr auf deutsch. Wir sahen: Hinter philosophischem Segen für den Palästinenser-Terror öffnet sich ein Abgrund verhudelten Denkens. Der Abgrund ist nicht neu. Er wird natürlich täglich neu mit Leichen gefüllt. Selbstmordattentate seien eine »natürliche Reaktion« auf die Handlungsweise Israels, lässt Hamas verlauten.⁷ Der Philosoph und der Soziologe könnten derlei Naturkonzept entziffern und als interessierten Mythos entlarven. Dass es Honderich und mit ihm Baudrillard oder Habermas schwer fällt, hat einen langen Blutpfad auch im linken Denken: in jener marxistischen Befreiungstheologie, die den antikolonialen Kampf nach dem 2. Weltkrieg intellektuell adelte. In einer geschichtsmetaphysischen Verklärungsorgie sondergleichen wurde die Nationenbildung des 19. Jahrhunderts zum notwendigen historischen Pfad erklärt und rechtfertigte mörderische Regimes, Kambodschas Pol Pot als Beispiel. Die nationalistiche Kollektivbefreiung galt als unverzichtbar – und das in einem Jahrhundert, dem 20., das mit Nationalismus und Rassismus bitterste Erfahrungen gemacht haben könnte. Dass auf die Palästinenser noch immer jene befreiungsnationale Heilserwartung projiziert wird, zeigt nur, dass auch gut bezahlte Philosophieprofessoren sich weigern können, aus Erfahrungen zu lernen. Wie kann man dann dem fanatisierten Studenten aus Ramallah vorhalten, dass er mit dem Schlichtdenken ernst macht und dadurch den längst möglichen und von der Bevölkerungsmehrheit in Palästina gewollten Frieden verhindert? Zumal der historische Blick die Verwirrung von Selbstmordattentätern und Philosophieprofessoren verständlich macht: In einem eindrücklichen Arte-Beitrag zur Geschichte des Terrors markiert der Autor John Blair das Jahr 1946 als den Beginn des Zeitalters modernen Terrors.⁸ Damals sprengte die zionistische Untergrundkampfgruppe Irgun das britische Hauptquartier im King David Hotel in Jerusalem, 91 Tote, darunter 54 zufällig anwesende Zi-

vilisten. Einer der Irgun-Terroristen, Begin, wurde später Ministerpräsident Israels. Für die Wandlung von Terroristen in anerkannte Staatsmänner steht Nelson Mandela und selbst Jassir Arafat ließ bei der Verleihung des Friedensnobelpreises solche Hoffnungen keimen. Mag aus solcher Geschichtserfahrung nicht doch jene Honderich-Position berechtigt erscheinen, die Terrorismus schlicht als da und dort vielleicht »gerechten« Krieg der militärisch Machtlosen klassifiziert und allein den erwartbaren Erfolg zum Urteilkriterium erhebt? Warum soll der Soldat, der mit dem eigenen Tod im Bewusstsein in den Kampf zieht, ethisch gegenüber dem Selbstmordattentäter privilegiert werden, der auch nur die Interessen seines Bezugs-Kollektivs verteidigt? Alles in uns sträubt sich gegen derlei Nivellierung. Doch ist dieses Sträuben mehr als ein Festhalten am Mythos des Kampfes »Mann gegen Mann«, das nicht erst seit der radikalen Technologisierung der modernen Kriegsführung absurd erscheint? Bleibt dem gerechten Denken damit nur der Pazifismus, die Negierung jedweder Gewalt als Ausweg, oder zumindest die radikale Beschränkung von Gewalt auf Notwehr und ihre Polizeifunktion? Der letzte Gedanke liegt den Vereinten Nationen zugrunde. Kollektive Notwehrrechte sind nur dort geltend zu machen, wo weltpolizeiliche Ordnung fehlt. Tragisch ist, dass die Interventionen der Weltpolizei UN so oft so spät erfolgen, aus vielen Gründen, und gerade in Palästina.

Eine Vision: Palästina als EU-Mitglied

Deshalb am Ende eine Lösungsidee, weniger philosophisch als soziologisch gedacht: Anstatt sich atavistisch in die Vergangenheit zu bomben, wäre den Palästinensern nicht zum Selbstmordterror zu raten, sondern dazu, zunächst auf die Idee des Nationalstaats verzichten, den jüdischen Staat gleichwohl solange zu akzeptieren, bis der Antisemitismus aus der Mode kommt und Juden keine Angst mehr haben müssen. Weil das aber lange dauern kann und sie dazu beitragen,

dass der arabisch-islamische Antisemitismus in den letzten Jahren ein historisch ungekanntes Niveau erreichte, teils überhaupt erst entstand, muss eine neue, realistische Vision geboren werden, aus einer menschheitlichen Zukunft. Ein jüdischer Festungsstaat Israel neben einem palästinensischen Flickenteppichstaat im Stil deutscher Kleinstaaten vor 1871 (doch ohne einigende Reichskrone) ist offensichtlich weder realistisch noch eine Vision. Diese könnte wohl allein darin bestehen, dass neben Zypern die beiden benachbarten Territorien Mitglied der EU werden: die Türkei und Palästina. Die ersten Stimmen dafür sind schon zu hören, noch zaghaft, wie jüngst von Leon Winter.⁹ Ob Palästinenser und Israelis dies wollen? Man sollte sie fragen.

MICHAEL OPIELKA ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, Geschäftsführer des Instituts für Sozialökologie in Königswinter und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

- 1 Ted Honderich: Nach dem Terror. Ein Traktat. Frankfurt a.M. 2003.
- 2 Ebenfalls in der »Frankfurter Rundschau«, in der am 5. 8. der offene Brief Micha Brumliks veröffentlicht wurde.
- 3 So Ted Honderich: *The Philosophers. Introducing Great Western Thinkers*, Oxford u.a.: Oxford University Press: Oxford/ New York 1999 (hierin heisst es, er sei schon in 1998 emeritiert worden); ders.: *Wie frei sind wir? Das Determinismus-Problem*, Stuttgart: Reclam 1995
- 4 Das erfahren wir im eindrucklichen Besuchsbericht eines Reporters der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« vom 10.8. 2003.
- 5 Ich folge hier seinem die Thesen des Buches fortschreibenden Text *After the Terror: A Book and Further Thoughts*, in: Journal of Ethics, Vol. 7, 2 (2003) (<http://www.ucl.ac.uk/~uctytho>).
- 6 *Oxfam GB, £5000, Zionism, »After the Terror«, and Medical Aid for Palestinians.* (<http://www.ucl.ac.uk/~uctytho>)
- 7 So nach einem Selbstmordattentat auf einen Bus in Jerusalem mit 20 Toten am 19. 8. 2003 (GA 20. 8. 2003).
- 8 »Neue Zürcher Zeitung«, 6.9.2003.
- 9 Der zumindest Israel in die EU einbinden möchte, vgl. Leon Winter: *Erzwingt den Frieden!*, in: »Die Zeit« von 26.6.2003.